

Grundsätzen der politischen Bildung in Konflikt gerät. Wenn politische Bildung Demokratiebildung ist, dann heißt das auch, sich in diesem Sinne gesellschaftspolitisch zu positionieren und zu engagieren, für die Demokratie und ihre Institutionen, gegen eine gesellschaftliche Spaltung und aufklärerisch gegen das Verbreiten „alternativer Fakten“. Die Volkshochschulen taten dies bisher und werden es weiterhin tun, davon bin ich überzeugt.

Die Volkshochschulen können, dürfen und sollen gesellschaftliche Wirkungsmacht entfalten. Ein Zuviel an Engagement für die Demokratie kann es nicht geben.

### Literatur

- Achour, Sabine (2018): Die „gespaltene Gesellschaft“. Herausforderungen und Konsequenzen für die politische Bildung. In: Politische Bildung. Aus Politik und Zeitgeschichte 13 – 14/2018. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. S. 40 – 46.
- Ahlheim, Klaus (2017): Die Idee der Volkshochschule und die politische Gegenwart. In: Klemm, Ulrich (Hg.): Die Idee der Volkshochschule und die politische Gegenwart. Hannover. S. 10 – 29.
- Kenner, Steve (2018): Handlungskompetenz: die größte Herausforderung der Demokratiebildung?. In: Kenner, Steve/Lange, Dirk (Hg.): Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung. Frankfurt/Main. S. 244 – 254.
- Negt, Oskar (2013): Politische Bildung und Demokratie. In: Jürgens, Eiko/Miller, Susanne (Hg.): Ungleichheit in der Gesellschaft und Ungleichheit in der Schule. Eine interdisziplinäre Sicht auf Inklusions- und Exklusionsprozesse. Weinheim und Basel. S. 59 – 69.

## Politische Bildung als Instrument gesellschaftlicher Veränderung

Wie gesellschaftspolitisch wirkmächtig können, dürfen und sollen Volkshochschulen sein?

*Beate Walter-Rosenheimer, MdB, Bündnis 90/DIE GRÜNEN*

Ich muss gestehen, es ist schon eine Weile her, dass ich mich mit dem Programm meiner Volkshochschule befasst habe. Um einen Sprachkurs ging es damals, Italienisch wollte ich lernen – und ich fand einen passenden Kurs.

Wie mir wird es vielen Menschen gehen; sie haben irgendwann in ihrem Leben – sei es für sich, sei es für andere – einen Tanzkurs, Sprachkurs, Töpferkurs oder ähnliches gesucht und dieser konnte meist auch gebucht und besucht werden.

Das verbinden wir mit Volkshochschulen, ein entsprechendes Angebot erwarten wir von ihnen. Doch sehen wir sie als Instrument politischer Bildung, gar gesellschaftlicher Veränderung?

Die ursprüngliche Idee von Erwachsenenbildung und Volkshochschule war eine emanzipatorische und damit eine politische; das war so bei ihrer Entstehung Ende des 19. Jahrhunderts, ganz besonders in der Weimarer Republik, in der die Volks-

hochschulen sogar Verfassungsrang erhielten, und sollte nach der Instrumentalisierung und Gleichschaltung in Nazi-Deutschland fortgesetzt werden. Die alliierten Siegermächte wollten die Strukturen der Volkshochschulen zur Re-Demokratisierung nutzen, manchmal mit Erfolg, manchmal stießen sie auf erfolgreichen Widerstand bei den Verantwortlichen, die der Auffassung waren, dass Politik in den Volkshochschulen nichts zu suchen habe.

Das scheint mir bis heute ein Spannungsfeld zu sein.

2011 haben sich die Volkshochschulen programmatisch festgelegt und auf zehn Seiten Kurzversion ihr Selbstverständnis formuliert. Auf die politische Bildung – fasst man Politik, Gesellschaft, Umwelt darunter – entfallen bundesweit 7,8 % des Kursvolumens, der inhaltliche Abschnitt zur politischen Bildung nimmt einen vergleichbar kleinen Raum in der Beschreibung der Aufgabenpalette ein.

Ich freue mich immer über „Diskussionsforen, Geschichts- und Zukunftswerkstätten oder auch Dialogveranstaltungen mit politischen Entscheidungsträgern“, auch von Volkshochschulen und „die Stärkung politischer Urteilskraft und Handlungskompetenzen“ sowie „das bürgerschaftliche Engagement“ liegen mir, liegen uns Grünen am Herzen. Mir fallen aber nicht in erster Linie die Volkshochschulen ein, wenn ich an diese Begriffe denke. Viel eher denke ich an die Landeszentralen und die Bundeszentrale für Politische Bildung, die Stiftungen der politischen Parteien, die Parteien selbst und natürlich die Schulen und Hochschulen. Ihren Schwerpunkt sehe ich bei den Volkshochschulen daher nicht in der politischen Bildung im Wortsinn.

Ganz anders liegt der Fall, wenn politische Bildung weiter gefasst wird im Sinne von gesellschaftlicher Bildung und dabei Qualifikation als politisches Engagement hinzugezählt wird. Volkshochschulen verwenden über 2 % ihrer Angebote auf die Nachholung von schulischen Abschlüssen und spielen daher eine wichtige Rolle bei der Integration in Ausbildung und Arbeit für Menschen, die im Inland oder nach Zuzug aus dem Ausland ohne notwendigen Abschluss waren.

Kommen dann noch die Sprachkurse hinzu, dann zeigt sich ein echtes „asset“ der Volkshochschulen mit mehr als einem Viertel ihres Angebotspektrums. Das nutzen nicht nur Menschen wie ich, die eine Sprache aus Spaß an der besseren Kommunikation in einem Nachbarland lernen wollen. Viele nutzen die Angebote aus beruflichen Gründen, um sich etwa auf Englisch oder Spanisch besser mit Kooperationspartnern verständigen zu können. Andere greifen auf Angebote mit Deutsch als Fremdsprache zurück, um im Zufluchts- oder Einreiseland sprachmächtig zu sein. Hier sehe ich gerade in der Möglichkeit von Abendkursen eine hilfreiche Ergänzung zu Angeboten bei Bildungsträgern und Schulen, da sie auch Berufstätigen die Chance bieten, ihre Sprachkenntnisse mit systematischer Anleitung zu verbessern.

Die wohl wichtigste gesellschaftliche und damit auch gesellschaftspolitische Funktion haben Volkshochschulen meines Erachtens als soziale Institution. Egal ob in der Stadt oder in ländlichen Regionen, die Volkshochschulen sind mit rund 900 Einrichtungen überall vor Ort. Sie bieten einen Treffpunkt, wo Kinos rar und Cafés teuer sind; sie sind aber auch da für diejenigen, die sich zwar alles leisten können, aber nicht nur gern ins Konzert oder in eine Ausstellung gehen, sondern Betätigung in der Gesellschaft suchen. Das hat alles seine Berechtigung. Es wird in den Volks-

hochschulen aber noch bereichert mit Angeboten der gemeinsamen Betätigung, sei es sportlich oder beim künstlerischen Gestalten, bei längerfristigen Kursen oder einzelnen Vorträgen, je nach Nachfrage, denn die bestimmt hier das Angebot.

Ich wage also nicht die These, dass es Volkshochschulen nicht braucht, ganz im Gegenteil. Ich wage aber die These, dass sie sich von ihren historischen Wurzeln abnabeln dürfen, die die politische Bildung im Zentrum hatten. Hier ist die Zeit vorangeschritten; es gibt Konkurrenz, die in über 100 Jahren groß geworden ist und über das Angebot und die Möglichkeiten der Volkshochschulen weit hinaus ragt, sei es durch allgemeine Schulpflicht, Schaffung neuer Institutionen oder durch weitere Gründe.

Gern dürfen sie trotzig ihren Namen beibehalten, auch wenn sie nicht entfernt Hochschulen im Wortsinn sind und wir mit dem Ausdruck „Volk“ nach Gründung der Volkshochschulen sehr schmerzliche Erfahrungen gemacht haben und derzeit wieder machen. Der Name ist halt etabliert und hat seine Tradition.

Aber ich wünsche ihnen, dass sie mutig und selbstbewusst ihre Ziele und ihre Rhetorik überdenken und auf deren Zeitgemäßheit überprüfen. Damit meine ich das Festhalten an Zielen, die einst die Gründung von Volkshochschulen veranlasst haben, mithin die politische Bildung von breiten Bevölkerungskreisen. Denn ich frage mich, ob viele die Einschätzung und Selbstwahrnehmung teilen, die der Verband der Volkshochschulen noch vor wenigen Jahren formuliert hat: „Das Selbstverständnis der Volkshochschulen als Ort der Demokratie manifestiert sich darin, dass sie mit ihren offenen Bildungsangeboten und beteiligungsorientierten Methoden öffentlichen Raum für Auseinandersetzung und Verständigung schaffen [...] Deshalb gehören Aktivitäts- und Angebotsformen wie Diskussionsforen, Geschichts- und Zukunftswerkstätten, aber auch die kritische Auseinandersetzung mit Fragen der Stadtplanung oder mit aktuellen kommunalpolitischen Problemfeldern zum genuinen Arbeitsgebiet der politischen Bildung in den Volkshochschulen. Damit ermöglichen sie auch einen Dialog der Bevölkerung mit politischen Entscheidungsträgern und wirken der wachsenden Politik- und Beteiligungsmüdigkeit entgegen“ (DVV 2011, S. 38).

Wenn sie dann ihre Standortbestimmung historisch entkoppeln, wenn sie ihre Geschichte in Ehren halten und die Gegenwart der Nachfrage entsprechend neu bestimmen, dann sehe ich sie richtig positioniert. Dann sind sie gesellschaftlich und sozial wirkmächtig, müssen sich nicht verkrampfen an einem politischen Anspruch, der schwer umsetzbar ist, und haben damit eine ungemein wichtige Funktion, in der sie konkurrenzlos sind.